Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen.
Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund".
Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 1.60 Mk., frei Haus monatlich 0,60 Mk.
Durch die Post vierteljährlich 1,85 Mk., monatlich 0,70 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 20 bezw. 40 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 67 | Mittwoch, den 20. März 1918. | 36. Jahrgang

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

17. März. An der Westfront zeitweilig erhöhte Gefechtstätigkeit. — Bei Avocourt werden vorstoßende französische Abteilungen zurückgestoßen. — Erkundungsvorstöße deutscher Truppen bei Samogneux und bei Bezonvaux sind erfolgreich.

18. März. In Flandern, bei Reims, in der Champagne und an der lothringischen Front Artilleriefeuer. — An der ganzen Front rege Fliegertätigkeit. — 22 feindliche Flugzeuge werden abgeschossen. — Im Februar verlieren die Feinde an den deutschen Fronten 18 Fesselballone und 138 Flugzeuge.

Die neue Probe.

Den armen Engländern wird nachgerade etwas schwül zu Mute. Sie wissen nicht recht: sollen sie wünschen, daß es an der Westfront endlich wieder lebendig wird und daß der Versailler Kriegsrat den Befehl zum Losschlagen geben soll, oder wäre es richtiger, den unheimlichen Deutschen die Entscheidung darüber zu belassen, ob das blutige Ringen dieser langen Kriegszeit nun zu einem bisher unerhört grausigen Endkampf gesteigert werden soll? Sie wissen ebenso wenig, ob sie die Japaner zu ihren sibirischen Plänen ermuntern oder ihnen die kalte Schulter zeigen sollen, und noch weniger sind sie sich darüber im klaren, welches Gesicht sie zu der Entwicklung der Dinge in Rußland aufstecken sollen, wo der britische Einfluß immer mehr zusammenschmilzt. Und damit noch nicht genug: Jetzt kommt plötzlich der sonst so unentwegte Lord George mit allerlei geheimnisvollen Andeutungen, die auch gerade nichts Gutes ahnen lassen. Entschließungen von schwerwiegendster Bedeutung, sagte er dieser Tage, würden in allernächster Zeit zu fassen sein, Entschließungen, von denen die gesamte Existenz und Zukunft des britischen Reiches betroffen würden. Das Volk werde eine durch die allgemeine Kriegslage geforderte neue Probe seines Opfermutes geben müssen.

Das klingt rätselhaft. Alle Versuche der verbündeten Presse in Rom und Paris, die Sache durch kleine unschuldige Zusätze etwas verständlicher zu machen, sind durch die Zensur verhindert worden. Man hat also die Wahl, hinter den dunklen Ankündigungen des Ministerpräsidenten bedeutsame Verzichtserklärungen zu Japans Gunsten zu vermuten, um seine wirksamere Unterstützung in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen auf europäischem Boden zu erkaufen, oder neue Abmachungen mit Italien, wo auch nicht alles so steht, wie es stehen sollte, oder endlich den Vorläufer ernstlicher Differenzen mit Herrn Wilson, dessen Botschaft an den Sowjetkongreß in Moskau bei den englischen Machthabern einiges Mißbehagen erweckt zu haben scheint, was in Verbindung mit seinem ablehnenden Verhalten gegenüber den japanischen Absichten nicht weiter verwunderlich wäre. Aber man kann soviel raten wie man will, der unheimliche Eindruck der an die Wand gemalten Prophezeiung wird dadurch nicht im geringsten gemildert; Lloyd George ist bekannt dafür, daß er keine leeren Worte macht. Was mag er nun nach allem, was er seinem Volke schon auferlegt hat, noch im Schilde führen?

Noch eine Möglichkeit besteht. Irland. Seit Monaten wird versucht, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, aber auf der Grünen Insel pfeift man offenbar auf alle parlamentarischen Lösungen. In der Grafschaft Clare ist tatsächlich die irische Republik verkündet worden, und von hier aus greift die Bewegung immer weiter über das Land in Formen, denen die Londoner Regierung offenbar nicht gewachsen ist. Aus einer Verhandlung im Oberhause hat man jetzt Näheres über diese neue Art des irischen Freiheitskampfes erfahren. Er besteht einfach darin, daß den britischen Behörden und britischen Bürgern gegenüber die Gesetze grundsätzlich mißachtet werden. Das Eigentum wird geplündert, der Landbesitzer von der Scholle vertrieben, sein Vieh weggeholt, Brücken und Eisenbahnen werden zerstört, und zwar planmäßig, und wo englische Soldaten sich sehen lassen, werden sie beschimpft und verhöhnt. Kein Wunder, daß Lord Salisbury, der die Regierung über diese Zustände befragte, sie als eine Gefahr für das britische Reich bezeichnete und für eine erfolgreiche Weiterführung des Krieges. Die bittere Stimmung gegen England, die in ihnen zu Tage trete, dehne sich auch bereits auf Englands Verbündete aus; man stehe hier demselben Bolschewismus gegenüber, der Rußland zerstöre. Ein anderer Lord sah schon das Britenreich in Stücke gehen, wenn diesem Treiben nicht Einhalt geboten würde. Und die Regierung? Sie konnte nur auf die unlängst eingeleiteten militärischen Maßnahmen verweisen, die hoffentlich weitere Ausschreitungen verhindern würden. Eine Rebellion der gefährlichsten, hinterlistigsten Form nannte Lord Lansdowne noch die Vorgänge der letzten Wochen — dann beruhigte sich das Hohe Haus wieder und ließ den Gegenstand fallen.

Also Marschall French ist die letzte Hoffnung des Britenreiches, und man darf ihm schon zutrauen, daß er auch vor der blutigsten Unterdrückung des Aufstandes nicht zurückschrecken wird. Aber Lloyd George ist offenbar gar nicht wohl bei dem Gedanken, daß der rote Lebenssaft seiner Irländer zu Hause vergossen werden soll, während er ihn doch um so vieles lieber in Flandern und im nördlichen Frankreich gegen die verhaßten Deutschen mit eingesetzt hätte.

Ob es diese Sorgen waren, die ihm das Herz abpressen, oder andere Gefahren, die er näher und näher heraufziehen sieht: er muß das englische Volk einer neuen Probe seines Opfermutes aussetzen, und das will bei der gegenwärtigen Stimmung im Königreiche schon etwas bedeuten. Wir harren der Dinge, die da kommen sollen.

Deutsche Luftsiege im Februar.

Lebhafter Artilleriekampf im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 18. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nördlich von Armentières sowie in Verbindung mit englischen Vorstößen zu beiden Seiten des La Bassée-Kanals war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert. An der übrigen Front blieb sie in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und v. Gallwitz.

Zwischen Oise und Aisne, nördlich von Reims und in einzelnen Abschnitten in der Champagne lebte das Artilleriefeuer auf; in größerer Stärke hielt es tagsüber auf beiden Maasufern an.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. An der lothringischen Front und in den mittleren Vogesen zeitweilig Tätigkeit der Artillerien.

An der ganzen Front sehr rege Fliegertätigkeit. Französische Flieger warfen Bomben auf die als solche deutlich erkennbaren Lazarettanlagen von Le Thour. — Wir schossen gestern 22 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab. Leutnant Kroll errang seinen 21. Luftsieg.

Im Februar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 18 Fesselballone und 138 Flugzeuge, von denen 59 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampf 61 Flugzeuge und 8 Fesselballone verloren.

Osten.

An der Südukraine wurde Nikolajew besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

U-Bootserfolge im Mittelmeer.

25 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. März.

Amtlich wird gemeldet: Im mittleren Mittelmeer versenkten unsere Unterseeboote sechs Dampfer und einen Segler von zusammen 25 000 Br.-Reg.-To.

Die Dampfer wurden teilweise bei schwerem Wetter aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Unter den versenkten Fahrzeugen befinden sich die englischen Dampfer „Maltby" (3977 Br.-Reg.-To.), „Machaon" (6738 Br.-Reg.-To.), „Clan Macpherson" (4779 Br.-Reg.-To.) und „Ayr" (3050 Br.-Reg.-To.). Die Dampfer waren anscheinend alle beladen. Der Dampfer „Ayr" hatte Baumwollladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verschärfung der Seesperre.

Die deutsche Regierung sieht sich infolge des Verhaltens der englischen Seestreitkräfte in dem von England erklärten Sperrgebiet um die deutsche Bucht zu Maßnahmen gezwungen, die das Befahren dieses Gebietes für die neutrale Schiffahrt äußerst gefährlich machen. Die neutrale Schiffahrt wird deshalb hiermit eindringlichst vor dem Befahren des Gebietes gewarnt unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung für die Folgen keinerlei Gewähr übernimmt, es sei denn, daß das Befahren in Übereinstimmung mit besonderen Anweisungen geschieht, die in jedem Einzelfall von der deutschen Seekriegsleitung einzuholen sind.

Gewaltmaßnahmen gegen Holland.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verhindert alle niederländischen Schiffe, in amerikanischen Häfen Bunkerkohlen einzunehmen. Die amerikanischen Forts halten Wache, damit die Schiffe nicht, ehe die Requirierung erfolgt, entkommen können.

Die gesamte holländische Tonnage in den Ententehäfen beträgt ungefähr 1 Million Tonnen; davon sind etwa 70% in den Vereinigten Staaten, 15% in Großbritannien und 15% in den Häfen der anderen Alliierten.

Kleine Kriegspost.

Stockholm, 18. März. Die finnischen Truppen der Weißen Garde haben die allgemeine Offensive begonnen, die überall gute Fortschritte macht.

Stockholm, 18. März. In Tiflis erklärte der kaukasische Landtag unter Leitung des Dumamitgliedes Tscheidze, daß er den Brester Frieden mit der Türkei nicht anerkenne.

Amsterdam, 18. März. Im englischen Unterhause wurde eine Petition der National-Partei mit 100 000 Unterschriften vorgelegt, welche Besorgnis über die Zusammenziehung deutscher Truppen an der Westfront bekundet und das Haus ersucht, zwecks Abwendung der Gefahr, das Militärgesetz unverzüglich auf Irland auszudehnen.

Rotterdam, 18. März. Pariser Blättern zufolge werden mit Spanien ähnliche Verhandlungen wie mit Holland wegen Überlassung des Schiffsraumes gepflogen.

Rußland erkennt den Frieden an.

Trotzkis neue Maßnahmen.

Berlin, 18. März.

Das russische Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat folgenden Funkspruch nach Berlin gerichtet: Am 16. März d. J. hat der außerordentliche allrussische Kongreß der Sowjets in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März d. J. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes abgeschlossen hat, ratifiziert. Ein Kurier mit dem Dokument ist bereits nach Berlin unterwegs.

Der Sowjetkongreß, der über den Frieden abstimmen sollte, ist danach also nicht am 12., sondern erst am 16. März zusammengetreten. Bisher waren nur Entschließungen einzelner örtlicher Sowjets bekannt geworden, die sämtlich für den Frieden lauteten. Sie haben jetzt durch den Kongreß ihre Bestätigung gefunden.

Heftige Auseinandersetzungen.

Nach Berichten russischer Blätter gingen den Beratungen des großen Moskauer Kongresses, der wegen schlechter Bahnverbindungen um vier Tage verschoben werden mußte, Einzelberatungen der Sowjets voraus. Daran nahmen auch die Mitglieder des Petersburger Volkskommissariats, ferner Radek und Joffe teil. Professor Pokrowski, das Mitglied der ersten Friedensdelegation, hielt wie Radek eine Hetzrede gegen Deutschland, an die sich heftige Aussprachen anschlossen.

Trotzki Alleinherrscher in Petersburg.

Volkskommissar Trotzki ist jetzt, nachdem alle Behörden abgereist sind, Alleinherrscher in Petersburg. Er bereitet angeblich die Verteidigung der Hauptstadt gegen einen etwaigen deutschen Angriff (?) vor. An die Japaner hat er ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, ihr Eingreifen in Sibirien sei nicht notwendig, da er eine neue Armee bilde, die den Deutschen überall Widerstand zu leisten fähig sein werde.

*

Litauen und Weißrußland.

Wie schon gemeldet, wird in den nächsten Tagen auch eine Abordnung der Litauer in Berlin eintreffen und empfangen werden. Der Bitte der Weißrussen um anderweitige Festsetzung ihrer Grenzen sowohl gegen Polen und die Ukraine, wie gegenüber Großrußland wird seitens der Reichsregierung nicht entsprochen werden können, denn Deutschland hat sich im Frieden von Brest-Litowsk verpflichtet, keinerlei irgendwie geartete separatistische Tendenzen oder Agitationen innerhalb der Grenzen, die Großrußland verblieben sind, zu fördern.

Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande: Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

Der Kabinettswechsel in Rumänien.

Marghiloman Ministerpräsident.

Der König von Rumänien hat den konservativen Politiker und Parteiführer Marghiloman nach Jassy kommen lassen und ihn ersucht, ein neues Kabinett zu bilden. Marghiloman hat zunächst Verhandlungen mit seinen Parteifreunden und mit den Mittelmächten angeknüpft. Er wird ihr Ergebnis dem Könige mitteilen und sich dann entscheiden, ob er die Kabinettsbildung übernimmt. Marghiloman sieht sich vor einer schwierigen Aufgabe. Er muß nicht nur die liberalen Anhänger Bratianus und Jonescus, die für den Krieg sind, für sich gewinnen, sondern sich auch mit seinen eigenen Parteifreunden verständigen, von denen eine starke Gruppe mit Peter Carp an der Spitze, die Abdankung des Königs verlangen. Endlich aber muß er auch mit den Mittelmächten ins Einvernehmen gelangen, d. h. er muß die Vorfriedensbedingungen anerkennen, gegen die er noch mancherlei Bedenken haben soll. Vor der rumänischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn trat Marghiloman für unbedingte Neutralität ein, während Peter Carp und seine Gruppe die Kriegserklärung an Rußland verlangten. Wie immer sich die innerpolitischen Dinge in Rumänien auch entwickeln mögen, sie werden erst einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden können, wenn Rumänien die Friedensbedingungen der Mittelmächte angenommen hat.

Ministerpräsident Marghiloman.

Holland unterwirft sich.

Haag, 18. März.

In einer stark besuchten Sitzung der Zweiten Kammer gab in Gegenwart aller Minister der Minister des Äußern eine Erklärung über den Stand der holländischen Verhandlungen mit der Entente und Amerika ab. Der Minister erklärte, es beständen ernsthafte Schwierigkeiten und Gründe gegen eine Bewilligung der Forderungen; unmöglich könne Holland etwa ohne weiteres einwilligen und sich den Wünschen der Entente fügen. Anderseits würde die Ablehnung die sofortige Stillegung der zu verschiffenden Vorräte bedeuten. Holland habe sich an die Mittelmächte, vor allem an Deutschland, gewandt, mit der Frage, ob die Möglichkeit bestünde, daß Deutschland ihm innerhalb zweier Monate 100000 Tonnen Getreide liefere. Deutschland habe sich dazu außerstande erklärt. Demzufolge habe das Ministerium jetzt sich mit den Forderungen der Alliierten einverstanden erklärt, doch gelte dieses Einverständnis vorläufig nur bis zum 15. April. Allerdings seien ergänzende Bestimmungen getroffen worden:

1. müsse genügend Schiffsraum für Holland selbst übrig bleiben; 2. müsse den holländischen Schiffen genügend Bunkerkohle zur Verfügung gestellt werden; 3. dürften die holländischen Schiffe keine Truppen und kein Kriegsmaterial in die Gefahrzone bringen; 4. müßten die holländischen Schiffe entwaffnet werden; 5. müßte die Besatzung der Schiffe selbst bestimmen, ob sie in die Gefahrzone fahren wolle oder nicht; 6. müßten etwa verlorengehende Schiffe unmittelbar nach Friedensschluß ersetzt werden.

Zürich, 18. März. Die „Daily Mail" berichtet, daß gleiche Maßnahmen, wie sie die Entente gegen Holland beschloß, auch gegen alle anderen neutralen Staaten bevorstehen.

Rotterdam, 18. März. Präsident Wilson hat in Washington den holländischen Gesandten empfangen, der auf eine Änderung des Entschlusses der alliierten Regierungen gegenüber Holland andrang. Der Präsident weigerte sich jedoch, seine Haltung zu ändern, da Holland sich ersichtlich in einer Zwangslage befinde, in die es durch Deutschland (!) versetzt sei.

Ostafrikas Hindenburg.

Die „Volksstimme" in Pretoria schreibt, es könne bis Weihnachten 1918 dauern, ehe die letzten Deutschen und Askaris in Ostafrika unschädlich gemacht seien. Der deutsche Kommandeur v. Lettow-Vorbeck habe noch etwa 400 Weiße und 2000 Farbige unter seiner Leitung, mit denen er sicher noch Unerwartetes leisten könne.

Diese unter der Flut der gegen die Deutschen in diesem Kriege geschleuderten Beschimpfungen seltsam anmutende Anerkennung aus Feindesmund steht nicht vereinzelt da. Vor kurzem brachte die „Sunday Times", ein in Johannesburg erscheinendes Blatt, sogar einen ganzen Artikel über den deutschen Offizier, der nun schon so lange dem feindlichen Ansturm standhält. „Lettow-Vorbeck ist", sagt die „Sunday Times", „groß von Wuchs und hager, erschöpft durch seine Sorgen und ausgezehrt durch tropische Krankheiten. Er hat nur ein Auge, das andere hat er in China verloren. In den ersten Kriegsmonaten leitete er einen Sturm auf Jassin in Britisch-Ostafrika (wo die Engländer eine schwere Niederlage erlitten). Er wurde durch eine Flintenkugel verwundet. Die zweite Verwundung erhielt er bei Iranzi, wo er persönlich gegen General van Deventer focht. Lettow wurde von einem Granatsplitter getroffen. Wenige Monate vorher litt er an Schwarzwasserfieber. Seine Truppe ist [illegible] zusammengeschmolzen. Die Leute leiden an Malaria, [illegible] und anderen Krankheiten. Sie sind in steter [illegible] an Munition, Nahrungsmittel, Ausrüstung. Jetzt haben sie sich in eins der tödlichsten Gebiete Afrikas zurückgezogen. Aber Lettow-Vorbeck kommandiert, bis zum Letzten — er ist der ostafrikanische Hindenburg!

Oberst v. Lettow-Vorbeck.

Wenige Monate vor Kriegsausbruch kam er in Daressalam an, er hat das Vertrauen seines Kaisers glänzend gerechtfertigt. Wir müssen den Hut vor ihm abziehen, obwohl (!) er ein Deutscher ist. Seine Verteidigung gegen überlegene Kräfte grenzt an das Wunderbare. Es gibt nichts Ähnliches in der Kriegsgeschichte. Unmöglich ist es, diesen Mann, obwohl er ein Feind ist, zuviel Lob zu zollen. Ein gefangener deutscher Offizier sagte: Wenn Oberst v. Lettow tot oder gefangen wäre, würde der Feldzug bald zu Ende kommen. Er ist Leben und Seele des Widerstandes. Er ist überall und tut alles. Er geht selbst auf Patrouille und macht eigenhändig Gefangene. Ein harter Mann, hart gegen andere, aber auch hart gegen sich selbst, teilt er alle Beschwerden mit dem niedrigsten seiner Untergebenen."

Deutscher Reichstag.

(142. Sitzung.) CB. Berlin, 18. März.

Der Reichskanzler über Brest-Litowsk.

Nur den Vertretern der Presse war es bekannt, daß heute der Reichskanzler sprechen werde. Deshalb wiesen die Tribünen nicht die Überfülle auf, die man sonst an „großen Tagen" hier zu sehen gewohnt ist. Aber Haus und Tribünen sind trotzdem stark besetzt. Nach der üblichen Einleitung wird das Etatsnotgesetz eingebracht. Nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien geben Erklärungen hierzu ab. Der Führer der „Unabhängigen" sagt, daß seine Fraktion das Gesetz ablehne, weil sie einer Regierung, die einen Gewaltfrieden im Osten abgeschlossen habe, nichts bewilligen könne. Der Redner der Mehrheitssozialisten erklärt, daß man durch Bewilligung eines Notgesetzes der Regierung weder Vertrauen noch Mißtrauen ausspreche, sondern ihr nur bewillige, was sie zur Weiterführung der Geschäfte unumgänglich gebrauche. Dann geht das Gesetz an den Hauptausschuß. Erst dann konnte die Beratung des

Friedensvertrages mit Rußland

beginnen. In der Aussprache wird die Beratung des deutsch-finnischen Friedensvertrages und der wirtschaftlichen Verträge mit Finnland verbunden. Wie in den meisten früheren Fällen, ergreift auch heute als erster Redner der höchste Beamte des Reiches das Wort.

Reichskanzler Graf v. Hertling:

Meine Herren! Im November vorigen Jahres konnte ich in einer Sitzung des Hauptausschusses dem Hause die Mitteilung machen, daß die russische Regierung an sämtliche kriegführende Mächte das Ersuchen hat gelangen lassen, Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes und eines allgemeinen Friedens aufzunehmen. Wir und unsere Verbündeten sind auf den Vorschlag eingegangen und haben Delegierte nach Brest-Litowsk abgesandt. Die bis dahin mit Rußland verbündeten Mächte sind der Einladung nicht gefolgt. Der Gang der Verhandlungen ist den Herren bekannt. Am 3. März ist in Brest-Litowsk der Friede unterzeichnet worden.

Am 16. d. Mts. ist in Moskau von der zuständigen Versammlung der Friede ratifiziert

worden. (Beifall.) Ich habe nicht die Absicht, mich mit der Beurteilung auseinanderzusetzen, die der Friedensvertrag mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Sehr richtig!), wo die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (lebh. Sehr richtig), wo man in demselben Augenblick, da man sich anschickt, die drückende Hand auf einen neutralen Staat zu legen, zu sagen wagt, daß die selbstverfolgte Politik die der vollen Selbstlosigkeit sei; da scheitert jeder Versuch verständiger Auseinandersetzung und sachlicher Widerlegung. (Sehr richtig!) Und wenn eine Depesche aus Washington dem in Moskau versammelten Kongreß die Sympathie der Vereinigten Staaten in dem Moment glaubte aussprechen zu sollen, wo, wie es dort heißt, die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit um den Erfolg zu bringen (Gelächter. — Zurufe bei den U. Soz.: Finnland! Rufe rechts: Ruhe! Sind das Deutsche? Ruf b. d. U. Soz.: Ja, Deutsche! Mecklenburg! Pfuirufe rechts. Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte den Abg. Haase solche Zwischenrufe zu unterlassen, die aufreizend wirken müssen), so lege ich das zu allem andern.

Deutschland liegt es fern, sich in die berechtigten Bestrebungen Rußlands einzumischen.

Wir wünschen nichts mehr als daß dem schwergeprüften Lande bald geordnete staatliche Verhältnisse wiedergegeben sein möchten, und wir beklagen es schmerzlich, daß das noch in weite Ferne gerückt zu sein scheint und daß wiederum entsetzliche Zustände dort eingerissen sind. Ich wende mich nun zu dem Ihnen vorgelegten Vertrag. Wie Sie beim ersten Blick gesehen haben, enthält der

Vertrag keinerlei entehrende Bedingungen

für Rußland, keine drückenden Kontributionen, keine gewaltsame Aneignung russischen Gebietes. Wenn Randstaaten aus der russischen Staatsoberhoheit ausscheiden, so entspricht das dem eigenen von Rußland anerkannten Willen dieser Staaten. Wir hoffen und wünschen, daß diese Völker unter dem Schutze des mächtigen Deutschen Reiches sich selbst diejenige Gestalt geben mögen, die ihrer kulturellen Entwicklung, ihrer Sinnesart und ihren Verhältnissen entspricht. Am weitesten ist

die Entwicklung in Kurland

vorangeschritten. Wie bekannt, ist vor einigen Tagen hier eine Deputation eingetroffen, die der kurländische Landesrat als die anerkannte Vertretung Kurlands hierher entsandt hat. Sie hat den Auftrag, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Kurlands, die Loslösung von den bisherigen staatlichen Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen und den Wunsch kundzugeben, in eine enge wirtschaftliche, militärische und politische Beziehung zu Deutschland zu treten. In der Antwort, die ich im Auftrage des Kaisers, des völkerrechtlichen Vertreters des Deutschen Reiches, zu geben hatte, konnte ich mit Freuden die Anerkennung Kurlands als eines unabhängigen Landes aussprechen und Kurland hierzu beglückwünschen. Die endgültige Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland mußte ich mir aber vorbehalten, bis die dortigen Verhältnisse sich weiter konsolidiert und sämtliche zuständigen Faktoren gesprochen haben würden.

Was Litauen betrifft,

so ist dort bekanntlich schon im vorigen Jahre vom Landesrat ein Beschluß gefaßt worden, der gleichfalls eine enge militärische, wirtschaftliche und politische Angliederung an Deutschland anstrebt. Ich erwarte in den allernächsten Tagen das Erscheinen einer litauischen Deputation, die uns diesen Beschluß im Auftrage des Landesrates neuerdings zur Kenntnis b[illegible] worauf die Anerkennung Litauens als eines [illegible]ständigen Staatswesens er[illegible] Das Weitere muß dann in Ruhe abgewartet werden, wie sich dort die Verhältnisse weiter entwickeln. Etwas anders liegen die Dinge in

Estland und Livland.

Wie die Herren wissen, befinden sich diese Länder östlich der im Friedensvertrage vereinbarten Hälfte. Aber nach Artikel 6 des Friedensvertrages bleiben diese Länder so lange von deutscher Militärmacht besetzt, bis die Sicherung selbständiger Einrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Dann wird auch für diese Länder der Augenblick gekommen sein, sich um ihre politische Neuorientierung zu bemühen. Auch diesen Ländern gegenüber wünschen wir, in ein nachbarliches freundschaftliches Verhältnis zu kommen, aber so, daß auch ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland nicht ausgeschlossen ist. Nun noch

ein kurzes Wort über Polen,

was im Friedensvertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist. Bekanntlich ist durch die Proklamation der beiden Kaiser vom November 1916 diesem Lande die Selbständigkeit vor aller Welt zurückgegeben. Aus dieser Tatsache folgt, daß auch die Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur durch gemeinsame Verhandlungen einerseits zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, anderseits mit Polen zu Ende geführt werden können. Inzwischen sind ja auch Anregungen aus politischen Kreisen Polens an die Regierung und auch an die Mitglieder dieses Hauses gelangt: Anregungen für eine Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zu uns. Wir werden gern prüfen, ob und inwieweit sich diese Anregungen mit den Zielen decken, welche die beiden verbündeten Mächte verfolgen, dem Ziele, in dem neugeschaffenen Polen einen friedlichen, freundschaftlichen Nachbar für alle Zukunft herzustellen. Alles weitere wird Ihnen der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Exzellenz v. d. Bussche mitteilen.

Ich komme meinerseits zum Schluß. Wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Verträgen Ihre Genehmigung geben, wenn dann, wie wir hoffen, bald auch

der Friede mit Rumänien

zum Abschluß bereit sein wird, dann ist das zur Tatsache geworden, was ich am 24. Februar als in Aussicht stehend verkünden durfte, dann ist der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt. (Bravo!) Aber, meine Herren, wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: der Weltfriede ist noch nicht da. Noch zeigt sich leider in den Staaten der Entente nicht die geringste Neigung, von dem furchtbaren Kriegshandwerk abzustehen. Noch immer zeigt sich der Wille, den Krieg bis aufs äußerste fortzusetzen, bis zu unserer Vernichtung. Wir werden dadurch den Mut nicht verlieren (Bravo!), wir sind auf alles gefaßt, wir sind bereit, noch schwerere Opfer zu bringen. (Bravo!) Gott, der uns bisher geholfen hat, wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine herrlichen Führer, seine heldenmütigen Kämpfer. Wir vertrauen auf unser tapferes, standhaftes Volk. Die Verantwortung aber — das wiederhole ich — für all das Blutvergießen wird auf die Häupter derer fallen, die in frivolster Verstocktheit der Stimme des Friedens nicht Gehör geben. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. Zischen bei den U.-Soz. Erneuter lebhafter Beifall.)

Unterstaatssekretär v. d. Bussche geht auf Einzelheiten der Friedensverträge ein. Bei dem Vertrag in Brest-Litowsk hat es sich gezeigt, daß Trotzki nicht den Friedensschluß, sondern die Revolutionierung Deutschlands wollte. So mußten wir schließlich schärfere Töne anschlagen und unser militärisches Vorgehen in Nordrußland hat denn auch den Erfolg gehabt, den wir erwarteten. Der Vertrag mit Finnland ist ganz nüchtern, auch hier entspricht unsere Einmischung nur dem Wunsch des Landes.

Die Redner der Parteien.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) erklärt, daß er sich dem Reichskanzler vollinhaltlich anschließe und fährt dann fort: Wir beantragen die Verweisung beider Verträge an den Hauptausschuß. Den Vertrag mit Finnland begrüßen wir ganz besonders. Wenn deutsche Truppen dort für Ordnung sorgen müssen, so ist das keine Einmischung in innerpolitische Verhältnisse; uns ist es gleichgültig, welche von den beiden fast gleich starken Parteien in Finnland herrscht: die Bürgerlichen oder die Sozialisten. Es handelt sich nur um die Ausschreitungen der bolschewistischen Banden, die die friedliche Ordnung der Dinge im Lande unmöglich machten. Wir hätten es gern gesehen, wenn Schweden sich der Aufgabe unterzogen hätte, die Ordnung herzustellen; da die Schweden es ablehnten, dürfen sie uns jetzt nicht schmähen. (Lebhafte Zustimmung.) Kurland ist, wir wissen, nur zu einem Zehntel von Deutschen bewohnt. Die Erklärungen, die die Abordnung des Landesrats in Berlin abgegeben hat, bestätigen uns, daß wir mit unseren Entschlüssen das Richtige getroffen und mit ihnen bis auf weiteres zufrieden sein können. Die Legende, als ob der Landesrat nicht die berufene Vertretung des kurländischen Landes und Volkes sei, weisen wir zurück. Die heutige Erklärung des Reichskanzlers war, wenn ich sie richtig verstanden habe, noch ein wenig bestimmter, als die Antwort, die er der Abordnung gegeben. Auch das begrüßen wir. Die Besetzung der Alandsinseln entspringt nur Etappenzwecken. Estland und Livland sind nach dem Friedensvertrag noch Bestandteile des russischen Reiches. Wenn sie sich auf Grund des gerade von der russischen Revolution selbst verkündeten Selbstbestimmungsrechts loslösen und zu selbständigen Staatswesen umbilden wollen, so kann das nur unsere lebhaften Sympathien finden. Die Polen müssen sich damit abfinden, daß das Deutsche Reich in seinem Bestand unversehrt bleibt. Polnische Annexionen gibt es natürlich erst recht nicht. Bei all den Randstaaten wird das wirtschaftliche Bedürfnis enger aneinander schließen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wir stimmen der Überweisung der Verträge an den Ausschuß zu, stehen aber dem Friedensschluß mit gemischten Gefühlen gegenüber. Auch wir begrüßen, daß nun im Osten wenigstens der Kampf eingestellt ist. Auf der andern Seite bedauern wir das Verfahren, wie dieser Friede zustande gebracht wurde. Das ist kein Verständigungs-, sondern ein Gewaltfrieden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die unterlegene Partei hat nur voll Ingrimm ihre Zustimmung gegeben, wie damals Preußen in Tilsit. Aber nicht nur die Russen haben in Brest-Litowsk kapitulieren müssen: der Frieden bedeutet auch eine Kapitulation unserer Diplomaten vor den Vertretern des rein militärischen Machtgedankens. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unsere Diplomaten haben ihre Aufgabe gründlich verfehlt. Redner geht ausführlich auf die Verträge ein. Die Cholmer Frage will man augenblicklich in Wien reparieren. Das begrüßen wir. Inzwischen droht die Militärpartei bereits mit einer anderen Lösung. Im Osten soll Polen abgekapselt, im Westen auf Kosten der Polen ein Gebiet, das vom Narew, Weichsel, Warthe und dem Kohlenbecken von Dombrowo umschlossen wird, abgetrennt werden und an Deutschland fallen. Solche „militärische Sicherung" wäre das Gegenteil einer Sicherung und ein Spott auf einen wirklichen Verständigungsfrieden.

(Reichstag — Schluß.)

Abg. Naumann (Vp.). Daß es dem deutschen Volk gelungen ist, den Anfang des Friedens herbeizuführen, dürfen wir unter die größten Aktiva der Gegenwart buchen. Auch unsern Verbündeten müssen wir danken. In diesem weltgeschichtlichen Kampfe ist die urkonservative Macht des Zarismus zusammengebrochen. Vielleicht wäre der Friede leichter zu erzielen gewesen, wenn wir von Hause aus in Brest-Litowsk Vertreter gehabt hätten, die den Gedankengängen des radikalen Sozialismus mehr Verständnis entgegengebracht hätten. (Heiterkeit.) — Wenn ein Weltreich wie Rußland zusammenbreche, entstehe ein hohler Raum, in den man alles Mögliche hineinpacke: die Balkan- [illegible] Donau- und die Dardanellenfrage, die armenische, die persische, die afghanische Frage, China, Japan — alles sei in Bewegung geraten. Bei solchen weltgeschichtlichen Vorgängen könne man nicht einfach das Wort Annexion, das etwa so viel bedeute wie im Privatleben „Raub", anwenden. Was in solchem Augenblick nicht deutsch sei, brauche keineswegs russisch zu heißen, sondern eher englisch oder amerikanisch. Im einzelnen ist manches auszusetzen. Mit Finnland haben wir keinen Bündnisvertrag. Wenn wir einen hätten, dann wäre es kein Bündnisvertrag mit einer bestimmten Regierungsform und einer bestimmten Partei. Wir haben weder die Befugnis, noch den Wunsch, in Finnland Polizei zu spielen. In Estland und Livland wird man abwarten [illegible]en. Was Kurland betrifft, so sollten wir nicht pe[illegible] dort nicht nur Deutsche, sondern auch Fein[illegible]

Der Beschluß, dem Kaiser die Herzogskrone anzubieten, in von 20 Mitgliedern des Landesrates gefaßt worden. Der Regierungsform fehlt einstweilen noch jede Unterlage. Man darf den Turm nicht mit der Spitze zu bauen anfangen. Litauen endlich darf ebensowenig wie Kurland Aufmarschgelände für uns werden, sondern man muß Kurländern und Litauern das Recht auf die eigene Bildung, auch auf die eigene Staatsbildung gewähren. (Lebhafter Beifall.)

Um 1/27 Uhr wird die Debatte abgebrochen. Weiterberatung: Dienstag 11 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(129. Sitzung.) Ks. Berlin, 18. März.

Die Aussprache über die Steuerangelegenheiten geht bei der zweiten Lesung des Finanzetats weiter.

Nachdem der Zentrumsabgeordnete Itschert altpreußische Sparsamkeit, christliche Einfachheit und bessere Ernährungsmaßnahmen gefordert hatte, trat der fortschrittliche Abgeordnete Cassel für schleunige und gründliche Staatshilfe an die Gemeinden und für hauptamtliche Steuerveranlagung ein. Wir dürfen bei diesen unter keinen Umständen das Reich zum Kostgänger der Einzelstaaten machen, es wird daher ohne direkte Steuern nicht gehen. Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Die Sparsamkeit darf sich nicht auf die Verschüttung produktiver Quellen erstrecken, z. B. Kanalbauten. Für unsere zurückkehrenden Krieger müssen wir auch sorgen. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Hergt: Wir hatten 1916 über 300 Millionen Defizit und das Gesetz von 1916, wonach jährlich 100 Millionen aus den Zuschlägen vorwegzunehmen sind, ist verpufft, da das Defizit stärker gewachsen ist. Die Zuschlagserhöhung ist also für den Staat unentbehrlich. Wir brauchen also die erhöhten Zuschläge und auch noch weitere Steuererhöhungen und hoffentlich werden auch Abg. Cassel und seine Partei diese bewilligen. Dem Abg. Itschert muß ich zugeben, daß wir leider hart auftreten müssen, um alle Nahrungsmittel zu erfassen, aber die Landwirtschaft sieht ein, daß das sein muß und wird bei der Kriegsanleihe nicht versagen.

Der Sozialdemokrat Haenisch sprach sich für eine starke Besitzsteuer im Reiche aus. Dann wurde die allgemeine Besprechung beendet. Nachdem auch die Etats der direkten und indirekten Steuern rasch erledigt waren, vertagte das Haus sich auf Dienstag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Dem Bundesrat ist ein Entwurf für die **Besteuerung der Kriegsgewinne** der Gesellschaften im vierten Kriegsjahr zugegangen. Unter Anlehnung in der formalen Gestaltung an das Gesetz vom 16. Juni 1916 sieht der Entwurf aber aus steuertechnischen Gründen nur eine Erfassung der Gesellschaften vor. Diese sollen nach den neuen Sätzen 60 Prozent ihres Mehrgewinnes — also die ganze gesetzlich vorgeschriebene Kriegsgewinnsteuerrücklage — dem Reiche abführen. Nur unter gewissen Bedingungen d. h. wenn die Gewinne nur eine gewisse Höhe erreichen, vermindert sich der Satz.

✦ In der Deutsch-Irischen Gesellschaft sprach aus Anlaß des irischen Nationalfestes St. Patrickstag der Vertreter des Auswärtigen Amtes Wirkl. Legationsrat v. Stumm über die Lage in Irland. Er führte aus, wie England seit je die irischen Freiheitsbestrebungen mit brutalen Mitteln bekämpft hat und auch jetzt wieder Maßnahmen zur Unterdrückung trifft. Herr v. Stumm schloß: Asquith hat kürzlich gesagt, daß die territorialen Eroberungen, die England in diesem Kriege gemacht hat, vor die Friedenskonferenz kommen sollten. Wenn er das ernst meint, so ist es seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Friedenskonferenz sich auch mit dem Schicksal Irlands befasse — wenn, wie wohl gegenüber der Übermacht zu befürchten ist — es auch Lord French gelingt, mit seiner Armee die grüne Insel zu erobern und zu besetzen. Unterjochen aber wird er sie nicht! Und in diesem Kampf um seine Selbstbestimmung kann das irische Volk der Sympathien des gesamten deutschen Volkes alle Zeit sicher sein.

✦ Im **Hauptausschuß des Reichstages** wurde nach kurzer Aussprache das Postscheckgesetz unverändert angenommen, nachdem Staatssekretär Rüdlin die Maßnahme, daß der Einzahlende die Gebühr zu bezahlen habe, gegen mehrere Einwürfe verteidigt hatte. Es folgte dann eine vertrauliche Aussprache über die auswärtige Politik, die Vizekanzler v. Payer mit einer längeren Rede einleitete.

Spanien.

× Die lange geplante **Verstärkung der Armee** wird nun auf dem Verordnungswege durchgeführt werden, und zwar soll der Mannschaftsbestand um 65 000 erhöht werden. Das Ministerium wird im Amte bleiben und die zur Heeresreform notwendigen Kredite von den Kammern einfordern. Die Heeresreform, die auch Solderhöhungen vorsieht, bedingt eine jährliche Mehrausgabe von etwa 200 Millionen.

Frankreich.

× **Die Hinrichtung Bolo Paschas ist vorläufig aufgeschoben worden.** Das hängt mit der nach der Verurteilung bekanntgewordenen Tatsache zusammen, daß eine Depesche Jagows an Bernstorff nach Washington unrichtig entziffert wurde. Erst jetzt stellte sich heraus, daß der Name Bolos in jener Depesche, die für die Verurteilung ausschlaggebend gewesen ist, nicht enthalten war. Jagow kabelte nur: „Die Person hat sich in Bern nicht vorgestellt.“ Der Entzifferungsirrtum wurde, wie der französische Botschafter Jusserand jetzt bekräftigt, von der Washingtoner Polizei begangen. Bolos Anwalt Aubert erklärte, ihm stehe derzeit kein Rechtsmittel zu, um von der aufsehenerregenden Wendung Gebrauch zu machen. — Der Verteidiger und Freund Caillaux', Advokat Ceccaldi, erklärt in der Presse, die letzten Verhöre des Angeklagten hätten klar erwiesen, daß die italienischen Persönlichkeiten, auf deren Aussagen sich das Anklagematerial der Pariser römischen Botschaft stützt, nichts anderes als Spitzel des französischen Militärattachés in Rom waren.

Großbritannien.

× Lord Broke wollte im Oberhause eine Anfrage über die Nachricht der „Times“ richten, nach der General **Smuts in der Schweiz** eine **Zusammenkunft** mit dem früheren österreichischen Botschafter in London, Grafen **Mensdorff** gehabt habe. Broke wollte die Regierung um eine Erläuterung dieser Nachricht ersuchen. Carson antwortete, daß eine solche Frage, falls man [illegible] einer Auseinandersetzung führen könnte, [illegible] Inhalt nicht im Interesse des Landes läge. Broke erwiderte darauf, er sei entschlossen, die Anfrage ohne Vorbehalt zurückzunehmen.

× Über **Japans Eingreifen in Sibirien** sprach der Staatssekretär des Äußeren **Balfour** in längerer Rede. Er erklärte, er nehme nicht an, daß **Deutschland** bis nach Wladiwostok vordringen wolle, aber der **deutsche Einfluß** in Rußland sei nicht nur eine schwere **Gefahr** für die russische **Revolution**, sondern auch für die Entente. Wenn Deutschlands Einfluß weiter wächst, führte er aus, seien alle unsere Träume von Rußlands Freiheit und Entwicklung zu Ende. Nach einigen Schmeicheleien für die Bolschewiki suchte der Minister dann das Vorgehen Japans zu rechtfertigen. Er versicherte Japan habe mit vollkommener Loyalität gehandelt. Balfour schloß: Wenn Japan über die russische Unabhängigkeit und andere Fragen, die Rußland betreffen, Versprechungen gegeben hat, so wird es sie halten, wie es alle Versprechungen gehalten hat, die es uns Verbündeten in diesem Kriege gemacht hat. Unser Ziel ist, daß Rußland stark, unversehrt, sicher und frei wird, und wenn diese Ziele erreicht werden können, dann und nur dann wird die russische Revolution alle Früchte hervorbringen, die Rußlands beste Freunde zu sehen wünschen.

Belgien.

× In letzter Zeit erheben immer häufiger **belgische Kreise Beschwerde über England**, weil die englische Regierung immer noch die Zufuhr von rohen Diamanten nach Belgien verhindert. Damit verweigert sie der belgischen Diamantenindustrie, die vor dem Kriege die bedeutendste der Welt war, jede Möglichkeit zur Beschäftigung ihrer Arbeiter. Andererseits aber benutzt England die Anwesenheit einiger hundert geflüchteter belgischer Diamantarbeiter in London, um in England eine Diamantschleifindustrie großzuziehen. Dies tut sie, obwohl eine Zusage der englischen Regierung gegenüber Belgien vorliegt, daß keine belgische Spezialindustrie aus Anlaß des Krieges nach England verpflanzt werden soll.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 18. März. Die Vorlage, betreffend den **Friedensvertrag** zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland anderseits sowie den deutsch-russischen Zusatzvertrag zu dem Vertrage; und die Vorlage, betreffend den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, fanden gestern die Zustimmung des **Bundesrats**.

Berlin, 18. März. Zum **Verbandsdirektor** für den Zweckverband **Groß-Berlin** ist Stadtrat **Fischbeck** mit 54 Stimmen gegen 45 Stimmen, die auf den bisherigen Verbandsdirektor Dr. Steiniger entfielen, gewählt.

München, 18. März. Die sozialdemokratische Interpellation über eine von Berlin aus hier eingerichtete Überwachungsstelle für Personen, die für den Frieden werben, wird dahin beantwortet werden, daß es sich bei dem Gerücht um eine Kriegspsychose handele.

Kopenhagen, 18. März. Die **Selbständigkeitsbewegung** auf den **Alandsinseln** ist im Wachsen begriffen. Vorbereitungen für die Ernennung einer eigenen Regierung werden bereits getroffen.

Stockholm, 18. März. Die **englisch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen** sind plötzlich ins Stocken geraten. (Wahrscheinlich, weil die schwedischen Reeder der Lieferung von 400 000 Tonnen Schiffsraum nicht zugestimmt haben.)

Amsterdam, 18. März. Nach einer Petersburger Meldung ist zum **Gesandten Großrußlands** in Berlin Joffe ausersehen, der bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk den Vorsitz in der russischen Abordnung führte.

Deutsche Worte
Deutsche Gedanken

sind die Träger der Werbearbeit des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger zur 8. Kriegs-Anleihe. Zu rasch ziehen die Ereignisse unserer bewegten Zeit an uns vorbei; zu wenig kommt der Mensch zur Sammlung. Da sollen die „Deutschen Worte“ und deutschen Gedanken uns zum Nachdenken anregen, unsere Anschauung vertiefen und uns auf den richtigen Weg führen. Diese Aufgabe hat sich die deutsche Presse gestellt, um das Verständnis zu wecken für die Forderungen der neuen eisernen Zeit.

Schlußdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Bezugsscheinfreies Schuhwerk ab 1. April.

Berlin, 18. März. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Bezugsscheinausfertigungsstellen angewiesen, von jetzt ab Bezugsscheine auf Schuhwaren nur in dringendsten Notfällen (z. B. vollständiger Verlust sämtlichen Schuhwerks, nicht aber Konfirmation, Todesfall und dergleichen) auszufertigen, da vom 1. April d. Js. ab durch die von da an zuständige Reichsstelle für Schuhversorgung eine Neuregelung des Bezugsverfahrens für Schuhwaren erfolgt, durch das Schuhwaren in weitem Umfange, insbesonde sogenanntes Ersatz- und Kriegsschuhwerk, bezugsscheinfrei werden sollen.

Die Belgier am Küstenabschnitt.

London, 18. März. Reuters Sonderberichterstatter bei der Armee in Frankreich telegraphiert: Amtlich wird mitgeteilt, daß die belgischen Truppen jetzt den früheren britischen Abschnitt an der Küste besetzt halten.

Die rumänische Dynastie wird geschont.

Wien, 18. März. Aus Bukarest wird gemeldet, daß Marghiloman die dynastische Frage nicht aufs Tapet bringen wird; es dürfe weder von einer Schuld des Königs noch von einer solchen der Königin gesprochen werden. Marghiloman meint, daß eine rumänische Verfassungsänderung genügen würde.

Newyorks Arbeiterschaft als Kriegsverlängerer.

Newyork, 18. März. Newyork Times berichtet, daß die Arbeiterschaft von Newyork entschieden für Wilsons Programm „keinen Frieden ohne Sieg“ eintrete. Der Vorschlag, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten sollten eine Bewegung für die Beendigung des Krieges unterstützen, wurde unter tobenden Protesten niedergebrüllt.

Amerika und Japan.

Zürich, 18. März. Clemenceaus „Homme libre“ läßt sich aus Newyork melden, daß die Unterzeichnung des Abkommens, das Japans Intervention in Sibirien regelt, stattgefunden habe. Der Umfang von Japans Unternehmen sei genau festgelegt worden.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 20. März.

Sonnenaufgang	6⁰⁷	Mondaufgang	2⁴² N.
Sonnenuntergang	6⁰	Mondaufgang	10⁴⁴ V.

1828 Prinz [illegible] Karl von Preußen geb. — Dichter Henrik Ibsen geb. 1874 Dichter Börries Frhr. v. Münchhausen geb. — 1878 Naturforscher Robert v. Mayer gest. — 1890 Rücktritt des Fürsten Bismarck. — 1894 Ungarischer Freiheitskämpfer Ludwig Kossuth gest. — 1916 Niederlage der Franzosen bei Avocourt westlich Verdun. — Hauptangriffe der Russen während der Märzoffensive bei Riga, Dünaburg, Friedrichstadt, Postawy. — 1917 Bildung des französischen Ministeriums Ribot.

Fleischverkauf.

Freitag für Gruppe L-Z
Sonnabend für Gruppe A-K

* **„Der Weibsteufel“**, Schauspiel in 5 Akten von Karl Schönherr, der gestern im „Weißen Adler“ zur Aufführung gelangte, enttäuschte die Besucher (der Saal war ganz gut besetzt) angenehm. Nach dem im Februar d. J. verunglückten „Bunten Abend“ einiger Darsteller vom Hirschberger Stadttheater hatte, unser kunstliebendes Publikum nicht mehr viel Mut für eine zweite Auflage von Unsinn. Wir konnten daher dem Unternehmer des gestrigen Abends nicht viel Hoffnung machen, teils dieserhalb, teils wegen des Stückes, welches für unser „großes Publikum“ nicht recht zugeschnitten zu sein schien. Aber, wie gesagt, alle waren sicher angenehm überrascht, sowohl inbezug auf die wirklich künstlerische Darstellung wie auf den Inhalt des „Weibsteufels“. Der Teufel, den die beiden Männer in das Weib gepflanzt hatten, wurde von Fräulein Schmidt satanisch verkörpert. Beide Männer, den einen ihren mehrjährigen Ehegatten der sie für seine unredlichen Schmugglergeschäfte unbeabsichtigt in die Arme des Grenzjägers trieb, den anderen, den Grenzjäger, der in dem Weibe die Liebe entflammen wollte, um durch das Weib den Schmuggler zu entlarven, führte sie gründlich ab, daß sie das Wiederkommen vergaßen — denn der Mann mußte seine Vermessenheit durch den Tod büßen, der andere durch den Mord, den er an dem Manne begangen, infolge der Eifersucht, die das Weib in ihm erregte, um ihn zum Schluß fallen zu lassen. Die Darstellung war glänzend. Herr Lanius, der seinem Weibe zu Glanz verhelfen wollte, gab das „Saugflaschenmannerl“ und raffinierten Schmuggler unverfälscht. Fräulein Schmidt löst ihre anfänglich bäuerliche Eckigkeit in berückend lockende, verführerisch zärtliche Schönheit auf, wenn sie enger und enger ihr Garn um den Jäger wirft, bis es auch ihr ernst wird, bis sie Qual, Not und Jammer eines betrogenen Weibstums hinausschreit mit dem katastrophalen Ende in Raserei entfesselter Leidenschaften und raffinierter Zielbewußtheit ihrer aufgepeitschten Verführungskünste den Ring schließt, der beiden Männern zum Verderben wurde. Herr Schreiber wuchs sich immer mehr in die hilflose Dummheit und verzweifelte Not des Grenzjägers hinein. — Mit solchen Darbietungen, wie der gestrigen, kann Herr Lanius, der Leiter des Ganzen, getrost wiederkommen, er dürfte dann sicher ein noch volleres Haus finden. Es war eine gute Probe, die nach den vielen schlechten Erfahrungen, die das kunstliebende Publikum mit fahrenden Gesellschaften bisher gemacht, erst gemacht werden muß, und von der ein guter Erfolg abgewartet werden muß. Das wirklich kunstverständige Publikum nahm die Vorstellung mit der nötigen Andacht auf, einem gewissen „übertünchten“ Teil der Zuhörer fehlte aber das richtige Verständnis für die Probleme, die in diesem Stücke gelöst wurden, vollständig, denn sie lachten häufig, wie in einem Moserschen oder Kadelburgschen Lustspiel und störten so den ernsten Inhalt des Stückes. Diesem Uebel ist aber schlecht abzuhelfen, wenn der Verstand für inneres Empfinden fehlt. — Wie uns mitgeteilt wird, veranstaltet Herr Lanius am 1. Osterfeiertag nachmittags und abends je eine Vorstellung.

* **Gut verloren** unverdorben, Mut verloren halb verdorben, Ehre verloren gar verdorben, sagt ein alter Reimspruch aus dem 16. Jahrhundert, der auch heute noch seine Berechtigung hat, und gerade jetzt in dieser Zeit mehr denn je. Was von der Ehre des einzelnen Menschen gilt, gilt auch von der Gesamtheit eines Volkes, gilt von dem ganzen Volke selbst. Wehe dem Volke, das seine Ehre verloren hat, weil es nicht sein Aeußerstes tat zu seiner Selbsterhaltung das in der Zeit der schwersten Prüfung versagte. Die Ehre hat ihre tiefste Wurzel in der Selbsterhaltung. Ein Volk das seine Ehre verloren hat, hat sich selbst aufgegeben. Ehre verloren, alles verloren. Der Staatsbürger, der nicht seine Pflichten gegen den Saat erfüllt, gefährdet die Ehre seines Volkes, und das umsomehr in einer Zeit, die von jedem einzelnen größte Pflichterfüllung verlangt. Ehrlos der, der seinem in Kriegsnot befindlichen Staat die Mittel zur Verteidigung seiner Ehre, seiner Selbsterhaltung vorenthält, ehrlos der, der Kriegsanleihe zeichnen könnte und es nicht tut.

* **Ihre Exzellenz Frau Generalfeldmarschall von Hindenburg** hat allen Verehrern und Verehrerinnen ihres großen Gemahls eine besondere Freude dadurch gemacht, daß sie die Widmung eines Romans angenommen hat, den die bekannte Schriftstellerin E. von Winterfeld-Warnow einem von ihr unter dem Titel: „Ilse von Beneckendorff“ geschriebenen Roman voranstellte. Ist doch die liebreizende Ilse von Beneckendorff, die Heldin des Romans, die Urahne unseres geliebten Hindenburg, dem heute das unbegrenzte Vertrauen des gesamten deutschen Volkes gehört. An der Hand von alten Urkunden und familiengeschichtlichen Aufzeichnungen hat die Verfasserin eine fesselnde und anmutige Erzählung geschrieben, die uns das Geschlecht deren von Beneckendorff in einem lieblichen Rahmen näher bringt. Der Roman ist vom Verlag Otto Beyer, Leipzig-Tb. 337 erworben worden und wird zunächst in der „Deutschen Frauen-Zeitung“ zum Ausdruck kommen, wo er in dem soeben erschienenen Heft 23 begonnen hat. Die wöchentlich erscheinende reich illustrierte „Deutsche Frauen-Zeitung“ kostet bei jeder Post oder Buchhandlung vierteljährlich Mk. 3,25 — Probenummern versendet der Verlag gegen 35 Pfg. in Marken und liefert den Anfang des Romans, wie wir hören, an neuhinzutretende Bezieher, soweit vorrätig, nach.

o **Die Notlage der Hotels und Gasthäuser.** Die Schließung sämtlicher Küchen in den Hotel- und Restaurationsbetrieben wird angesichts der neuen Verordnungen gegen den Schleichhandel in Hotel- und Gastwirtskreisen ernstlich in Betracht gezogen. War die Versorgung der Gäste schon bisher mit großen Schwierigkeiten verbunden, so bedrohen die neuen Verordnungen die Hotels und Gasthäuser so schwer, daß vielen die Schließung der Betriebe als einziger Ausweg erscheint. Die vom Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands einberufene Versammlung am 20. März in Berlin wird sich mit dieser Frage beschäftigen u[illegible] die Möglichkeit eines Auswegs aus den Sch[illegible]

Die Ehre

Blank das Schild, unbefleckt der gute Name, recht und rein unser Handeln, das ist die Gesundheit unseres Daseins, die Ehre, von der wir leben. Nichts dürfen wir ihr vergeben, sie muß uns als unantastbar gelten. Noch höher aber steht des Volkes Ehre. In ihr hüten wir das Erbe der ganzen Nation, die Riesenarbeit von Tausenden von Geschlechtern. Empfindlich zart wie eine Blume und doch zugleich unerbittlich trotzig gegen jeden, der sie verletzen will. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“ Ein Dichterwort, doppelt beherzigenswert in Zeiten der schwersten Not, wo jeder selbst beweisen muß, daß er der Ehre seines Volkes würdig ist.

Volks- und Kriegswirtschaft.

✱ **Keine Beschlagnahme von Männeroberkleidung.** Das Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der im Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung, ist, wie schon mitgeteilt, unbegründet. In Aussicht genommen ist vielmehr nach einer neuerlichen Erklärung der Reichsbekleidungsstelle nur eine zusammenfassende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Hohe Strafe wegen Schleichhandels.** Die Strafkammer in Lübeck verurteilte den Obergärtner Bauch wegen Schleichhandels und Preiswuchers zu zehn Monaten Gefängnis und 44 000 Mark Geldstrafe.

Nah und Fern.

o **Zur Verhütung von Waldbränden** hat der Oberbefehlshaber in den Marken verboten, mit unverwahrtem Feuer oder Licht den Wald zu betreten oder sich ihm in gefahrbringender Weise zu nähern, sowie im Walde, einschließlich der hindurchführenden Wege oder außerhalb der Waldgrenze in einer Entfernung von 30 Metern zu rauchen oder Feuer anzuzünden. Das Verbot des Feuermachens bezieht sich nicht auf die im Walde beruflich tätigen Personen, wie Waldarbeiter, Köhler, Förster usw.

o **Ludendorff Ehrenbürger von Thorn.** Generalquartiermeister Ludendorff wurde von den Thorner städtischen Körperschaften zum Ehrenbürger der Weichselstadt Thorn ernannt. (Ludendorff war als Führer der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments 61 zwei Jahre lang in Thorn in Garnison.)

o **Lebensmittelschiebungen in größtem Maßstab** unternahm der Großkaufmann Theodor Kohler in Würzburg; über vier Wagen Getreide und Hülsenfrüchte wurden bei ihm beschlagnahmt.

● **Die Explosionskatastrophe Courneuve bei Paris** hat nach den Pariser Zeitungen furchtbare Verheerungen angerichtet. Die Courneuve benachbarten Stadtteile Aubervilliers und Bourget gleichen bombardierten Städten. In Courneuve selbst scheint kein Stein mehr auf dem anderen zu stehen. Die Mehrzahl der Fabriken im Umkreise von mehreren Kilometern ist schwer beschädigt und mußte den Betrieb einstellen. In allen Fabriken sind viele Arbeiter verwundet und viele getötet. Den Berichten entnimmt man, daß die Zahl der Toten viel größer sein muß, als amtlich angegeben wird. Man schätzt die Zahl der Verwundeten nach Tausenden. In ganz Paris sprangen die Fensterscheiben.

o **Wohnungsnot in Elbing.** Besonders drohend ist die Wohnungsnot in Elbing. Über 500 Familien, denen gekündigt wurde, sind zum Mai noch ohne Wohnung. Schulen und öffentliche Gebäude sollen vorübergehend zu Wohnungen eingerichtet werden.

o **Beschlagnahme des Frauenhaares.** Alle gesammelten rohen Frauenhaare sowie Chinesenhaare werden beschlagnahmt. Ausgenommen von der Beschlagnahme sind nur die von einer Frau gesammelten eigenen Haare, solange sie sich im Besitz dieser Frau befinden. Trotz der Beschlagnahme bleibt die Veräußerung und Lieferung an bestimmte in der Bekanntmachung näher bezeichnete Stellen zulässig, sofern der Preis für 1 Kilogramm nicht mehr als 20 Mark beträgt. Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen, sofern die Gesamtmenge bei einer Person mindestens 1 Kilogramm beträgt, einer monatlichen Meldepflicht an das Webstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

o **Schiffszusammenstoß.** Der Dampfer „Rathmore“ der London and North Western Railway Co. stieß am Morgen des 15. März mit einem Schiff der britischen Marine zusammen und wurde schwer beschädigt. 840 Fahrgäste landeten in Kingstown, 26 werden vermißt, 20 Überlebende wurden leicht verletzt. Die „Rathmore“ wurde nach Dublin geschleppt.

o **Vierfacher Raubmord.** In dem Dorfe Staroscin, Kreis Lubartow, Gouvernement Lublin, ermordeten sechs maskierte Räuber den wohlhabenden Einwohner Starkmann, dessen Frau und zwei Kinder. Zwei andere Kinder wurden schwer verletzt. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Einem Wächter, der zu Hilfe eilte, wurde ein Arm abgehackt. Die Mörder raubten eine große Geldsumme sowie verschiedene Wertsachen und entkamen mit ihrer Beute.

o **Kapitän Nergers Erlebnisse.** Fregattenkapitän Nerger vom Hilfskreuzer „Wolf“ wird die Schilderung seiner Erlebnisse auf der 15monatigen Fahrt demnächst als Buch erscheinen lassen.

o **Sich selbst hineingelegt** hat eine große Tuchhandlung in Straßburg i. E., der 3 Meter 60 Tuch entwendet worden waren. Sie erstattete Anzeige, in der sie das Stück Tuch auf 860 Mark bewertete. Durch den, selbst für Kriegszeiten ungewöhnlich hohen Preis veranlaßt, leitete die Polizei eine Untersuchung ein, die ergab, daß die Firma für Stoffe, für die sie beim Einkauf 10 bis 18 Mark bezahlt hatte, 70 bis 100 Mark im Verkauf verlangte. Da Kriegswucher unzweifelhaft vorlag, wurde das ganze Lager im Werte von vielen Tausenden beschlagnahmt und der städtischen Bekleidungsstelle überwiesen.

o **Hofrat v. Henning gestorben.** Der bekannte Orthopäde Hofrat v. Henning, der sich durch die hochherzige Schenkung seiner Besitzung in Rothenburg o. d. T. an die Bühnengenossenschaft zu Zwecken der Erziehung verwaister Schauspielerkinder große Verdienste erworben hat, ist in Rothenburg gestorben.

o **Die Bäckergesellen gegen die Nachtarbeit.** Der Bund der Bäcker- und Konditor-Gesellen Deutschlands hat sich mit einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag gewandt, in der eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr verlangt wird.

o **Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe.** Die vorläufigen Zeichnungen der Kreditorganisation des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die achte Kriegsanleihe belaufen sich auf 350 Millionen Mark. — Ferner zeichneten: Landwirtschaftliche Provinzialgenossenschaftskasse für Brandenburg 12 Millionen Mark, die Oberschlesischen Kokswerke 2 Millionen Mark, die Firma L. Paschl u. Co. m. b. H., Lübeck, 2½ Millionen Mark.

o **Schweizerische Luftpostpläne.** Wie das „Journal de Genève“ erfährt, sind zwischen der schweizerischen Postverwaltung und dem Schweizer Generalstab Beratungen über die Einrichtung eines Luftpostdienstes auf der Strecke Genf—Lausanne—Bern—Zürich im Gange.

o **Ein Bismarck-Museum dem Hamburger Staat vermacht.** In der Villenkolonie Sachsenwalde-Hofriede steht ein zu einem Museum ausgebauter Bismarckturm. Der Besitzer und Gründer des Turm-Museums, Emil Specht aus Hamburg, hat diesen Bismarckturm jetzt dem Hamburger Staat als Eigentum vermacht. Der Turm ist seit langen Jahren eine Sammelstätte von Bismarckandenken gewesen, die sich so angehäuft haben, daß sie in vier Stockwerken untergebracht werden mußten. Den wertvollsten Bestand dieses Museums bildet eine seltene Bismarckbibliothek von 2000 Bänden in allen Sprachen der Welt. Der Hamburger Staat hat das eigenartige Bismarck-Museum übernommen.

o **Über die Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen** hat die preußische Justizverwaltung folgendes festgestellt. Im Jahre 1914 war die Zahl der anhängigen Strafverfahren gegen Jugendliche 51 500, im Jahre 1917: 177 000. Die durchschnittliche Tagesbelegung der Gefängnisse der Justizverwaltung mit Jugendlichen stellte sich im Jahre 1913 auf 376, im Jahre 1917 auf 835.

Zeichnungen
auf die
Achte Kriegsanleihe
nimmt von heute bis spätestens 18. April 1918
kosterfei entgegen
Vorschuss- u. Sparverein
Ziethenstr. 4. zu Warmbrunn Ziethenstr. 4.

Warmbrunner Gewerbe-Verein.
Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr:
Sitzung
im Hotel „Schneekoppe“.
Tagesordnung:
Berichterstattung über die Hirschberger Talbahn-Angelegenheit.
Der Vorstand.

Brauner Pelzkragen verloren.
Sonnabend zu Sonntag Nacht, von Cunnersdorf nach Warmbrunn.
Gegen Belohnung abzugeben. Hermsdorferst. 8. II.

Kartoffelschalen
zu kaufen gesucht.
Friedrichstrasse 11.

Einige Meter
Brenn-Holz
abzugeben, näheres
Preuss. Hof, Warmbrunn.

Schreibhilfe
mit guter Handschrift gesucht
H. O. Zeibig,
Deutsche Kolonie 12.

Schlesische
Lebens-Versicherungs-Gesellschaft a. G.
zu Haynau
(Alte Haynauer Sterbekasse von 1859)
Leichte Beteiligung an der
8. Kriegs-Anleihe
durch eine
Kriegsanleihe-Versicherung.
Keine Anzahlung. Keine ärztliche Untersuchung.
Zeichnung von 100 bis 5000 Mk.
Aufnahmealter von 1 bis 55 Jahren.
Die Beiträge sind billiger als für normale Versicherungen.
Nach 5 Jahren ausserdem Ermässigung durch Dividende.
Prospekte durch die Direktion und unseren Vertreter, Geschäftsführer Heinrich Isor in Warmbrunn.
Mitarbeiter, auch stille Vermittler überall gesucht!

Eisendreher u. Schlosser
sucht ständig
Actien-Gesellschaft
Görlitzer Maschinenbauanstalt und Eisengießerei
Görlitz, Lutherstrasse 51.

Lehrmädchen
sucht bald oder später
Frau Marie Riedel,
Damenschneidermeisterin,
Ober-Herischdorf 221.

Pension. Beamter
(Buchhalter Mitte 40) sucht Nebenbeschäftigung auch auf Gut zum 1. Oktober evtl. früher.
Angebote erbeten unter Nr. 14015 an die Frankfurter Oder-Zeitung, Frankfurt a. O.

Suche bald gutgelegenes
Logierhaus
vollständig eingerichtet, mit 10—15 Fremdenzimmern zunächst zu pachten, um es später eventl. zu kaufen. Genaue Angebote mit Preis 2c. bis zum 23. d. Mts. an
Harry Schmidt,
Breslau 13, Körnerstr. 40/42.

Frau oder Mädchen
für häusliche Arbeit gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen
Vertrauensleute
die als Sammelstellenleiter für uns gegen guten Verdienst tätig sein wollen und das Sammeln und Auskaufen von Wildfrüchten, Planzen, Sämereien usw. besorgen. Man fordere Auskunft und Druckschriften.
Groß-Berliner Wirtschaftsstelle für [illegible] Wildkraut a. G. m. b. H.
Berlin-Schöneberg,
Vorbergstraße 4.

Visitenkarten liefert schnell P. Fleischer

Ortsgruppe Warmbrunn
des
Allgem. Verbandes Deutscher Fremden- und Familienheimbesitzer
Donnerstag, den 21. März 1918, abends ½8 Uhr:
Monats-Versammlung
im Hotel „Schneekoppe“
Der Vorstand.

Sie haben Recht ??
Wenn Sie sagen Inserieren kostet Geld
Wenn Sie aber behaupten, daß Ihnen die Insertion keine geschäftlichen Erfolge bringt
dann haben Sie nicht Recht!!